

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Hermann Otto Solms, Hans-Michael Goldmann, Dr. Edmund Peter Geisen, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Rein-Biokraftstoffe von Besteuerung bis 2009 befreien und den Bericht zur Steuerbegünstigung für Biokraft- und Bioheizstoffe umgehend vorlegen**

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Förderung von Biokraftstoffen vorzulegen;
- die Rein-Biokraftstoffe aus Gründen des Vertrauensschutzes bis 2009 von der im Energiesteuergesetz eingeführten Besteuerung zu befreien. Für die Zeit danach kann eine proportionale Besteuerung eingeführt werden, die in einem festen Prozentsatz vom Marktpreis besteht, und
- den Bericht zur Steuerbegünstigung für Biokraft- und Bioheizstoffe (Biokraftstoffbericht) umgehend und noch vor der parlamentarischen Sommerpause vorzulegen.

Berlin, den 24. April 2007

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

### **Begründung**

Nach Angaben des Verbandes der Deutschen Biokraftstoffenergie (VDB) hat die Biokraftstoffindustrie in der gesamten Verarbeitungskette 150 000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Laut VDB kann mit der deutschen Biodieselkapa-

zität von 4,8 Mio. Jahrestonnen bereits heute der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 10 Mio. t jährlich reduziert werden. Den seit Jahresbeginn festgestellten Einbruch bei der Biodieselproduktion um 30 bis 40 Prozent führt der VDB auf die gesetzlichen Änderungen im vergangenen Jahr zurück. Diese Kritik bezieht sich auf das Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes (Energiesteuerengesetz) und das Gesetz zur Einführung einer Biokraftstoffquote (Biokraftstoffquotengesetz). Beide Gesetze wurden im vergangenen Jahr verabschiedet. Mit dem Inkrafttreten des Energiesteuerengesetzes wird Rein-Biodiesel als Kraftstoff seit dem 1. August 2006 mit 9 Cent je Liter besteuert. Im Jahr 2012 wird die Besteuerung von Biodiesel bis dahin jährlich steigend 45 Cent je Liter betragen. Das Gleiche gilt für Pflanzenöl. Mit dem zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Biokraftstoffquotengesetz erfolgte ein weitgehender Ersatz der Steuerbegünstigung der Biokraftstoffe durch eine unternehmensbezogene Quotenpflicht. Beide Gesetze werden von der Biodiesel- und Pflanzenölbranche wegen negativer Auswirkungen auf deren Unternehmen kritisiert. In diesem Zusammenhang verweist die Arbeitsgemeinschaft Qualitätsmanagement Biodiesel (AG QM) darauf, dass der Verkauf von Biodiesel an öffentlichen Tankstellen im vergangenen Jahr gegenüber 2005 um 8,5 Prozent auf 476 000 t zurückgegangen sei (Agra-Europe 6-07, 5. Februar 2007). Der Bundesverband Biogene und Regenerative Kraft- und Treibstoffe e. V. (BBK) befürchtet, dass 25 Prozent der deutschen Biodiesel-Produktionskapazitäten bereits stillgelegt bzw. heruntergefahren worden und erste Betriebs-schließungen die Folge seien (BBK-Pressemitteilung vom 20. Februar 2007).

In der Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/4712) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Auswirkungen des Energiesteuer- und des Biokraftstoffquotengesetzes auf die Biodieselbranche“ (Bundestagsdrucksache 16/4475) sieht sich die Bundesregierung wegen angeblich fehlender Daten nicht zu einer fundierten Bewertung der wirtschaftlichen Situation der Biokraftstoffbranche in der Lage. Im Gegensatz dazu stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) in einem Bericht vom 20. März 2007 fest, dass es zu drastischen Kurseinbrüchen für Aktien von Biodiesel- und Bioethanolherstellern im Nachgang zu der Mitte 2006 eingeführten Steuer auf Biodiesel von 9 Cent je Liter gekommen sei. Bestätigt wird der FAZ-Bericht durch Berechnungen der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP). Aus dem UFOP-Bericht geht zudem hervor, dass sich der Wettbewerbsnachteil für die Biodieselersteller von Januar bis Februar des Jahres 2007 im Mittel auf 8 Cent je Liter erhöht habe. Die Unterkompensation für die Hersteller betrug laut UFOP-Angaben von August bis Dezember vergangenen Jahres 5 Cent je Liter und sei einhergehend mit den weiter sinkenden Dieselpreisen zum Jahresauftakt 2007 auf 8 Cent je Liter gesunken (Agra-Europe vom 26. März 2007). Diese Zahlen entsprechen den Bewertungen des BBK, der ebenfalls auf die dramatischen Auswirkungen dieser „Sondersteuer“ im Energiesteuerengesetz für die Rein-Biokraftstoffe hinweist (BBK-Pressemitteilung vom 27. März 2007). Schließlich befürchtet der Deutsche Bauernverband e. V. (DBV), dass Deutschland Gefahr laufe, eine in den vergangenen Jahren mit viel Engagement und Eigenmitteln aufgebaute Distributionsstruktur im Handel sowie die zurzeit noch ca. 1 900 öffentlichen Tankstellen zu verlieren. In diesem Zusammenhang stellt der DBV in einer Entschließung des Präsidiums vom 6. März 2007 fest, dass das am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Biokraftstoffquotengesetz mit der vorgeschriebenen Beimischung von Biodiesel in Dieselmotorkraftstoff insbesondere für die kleineren und mittleren Hersteller keine Absatzalternative sei. Nur etwa die Hälfte der bestehenden Biodieselproduktionskapazität stehe dieser Verkaufsalternative offen, da Zumischungen von mehr als 5 Prozent gegenwärtig von der Mineralölwirtschaft und der Automobilindustrie abgelehnt werden.

Nur durch die Umsetzung eines schlüssigen Gesamtkonzeptes sind eine effiziente Förderung der Markteinführung und breite Nutzung von Biomasse im

Rahmen einer Strategie „weg von den fossilen Kraftstoffen“ in Deutschland zu erzielen und die Abhängigkeit der Energiewirtschaft vom Import fossiler Energieträger zu mindern. Die aktuellen Trends belegen, dass die ehemals positive Entwicklung der mittelständisch geprägten Biodieselbranche in Deutschland maßgeblich auf die geltende Steuerbefreiung zurückzuführen war. Die damit verbundene Sicherung und Schaffung von langfristig zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft sowie der sehr erfolgreiche Export dieser Technologien müssen auch zukünftig wieder durch die Wiedereinführung der Steuerbefreiung von Rein-Biokraftstoffen bis 2009 gewährleistet werden.

Die Besteuerung von Biodiesel nach einer vorab festgelegten Staffelung ist nicht marktgerecht. Denn im Gegensatz zu den Annahmen der Bundesregierung sind die Ölpreise nach Einführung der Steuer auf Biokraftstoffe nicht stetig gestiegen, sondern tatsächlich gesunken. Parallel zu den sinkenden Mineralölpreisen sind gleichzeitig die Preise für Pflanzenöle gestiegen, so dass die Biokraftstoffe wegen der starren Besteuerung ihren Preisvorteil gegenüber fossilem Diesel eingebüßt haben. Dieser Konstruktionsfehler im Energiesteuergesetz muss dringend behoben werden, um weiteren Schaden von der heimischen Biokraftstoffbranche abzuwenden und die Wettbewerbsfähigkeit reiner Biokraftstoffe zu sichern. Dazu müssen die Rein-Biokraftstoffe aus Gründen des Vertrauensschutzes bis 2009 von der im Energiesteuergesetz eingeführten Besteuerung wieder befreit werden. Für die Zeit danach kann ab 2010 eine proportionale Besteuerung eingeführt werden, die in einem festen Prozentsatz vom Marktpreis besteht.

Daher ist es zwingend erforderlich, dass die Vorlage des Biokraftstoffberichtes der Bundesregierung umgehend und noch vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgt. Ansonsten verliert die Bundesregierung weitere Zeit zur überfälligen Korrektur des Energiesteuergesetzes, das sich wegen der dort festgeschriebenen Steuersätze für Biokraftstoffe immer negativer auf die Entwicklung der ganzen Biokraftstoffbranche mit verheerenden volkswirtschaftlichen und klimapolitischen Konsequenzen auswirkt.

